

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

48. Jahrgang.

Nr. 59.

Sonnabend, den 18. Mai

1901.

Fichtenrinden-Versteigerung.

Die von Revieren des Forstbezirks Eibenstock im laufenden Jahre ausfallende Fichtene Rinde soll

Dienstag, den 21. Mai 1901, von Vorm. 9 Uhr an

im „Rathstetter“ zu Aue und zwar:

1) vom Forstrevier Bodau	ungefähr 100	rm in Abth. 4,
2) „ „ Auersberg	100	„ „ 13 u. 17,
3) „ „ Wildenthal	200	„ „ 20 „ 61,
4) „ „ Sundshübel	430	„ „ 6, 7, 8, 9, 16, 17,
	30, 31, 39, 40, 41, 61, 62, 66, 68 u. 82	

unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen parthienweise versteigert werden. Die unterzeichneten Revierverwaltungen ertheilen nähere Auskunft.

Königliche Forstrevierverwaltungen Bodau, Auersberg, Wildenthal und Sundshübel und Königliches Forstrentamt Eibenstock,
am 17. Mai 1901.

Öffentliche Vorbildersammlung Eibenstock.

Den Eingang neuer Muster und Vorlagenwerke (Pariser Ausstellung 1900) zeigt hierdurch an
Eibenstock, 17. Mai 1901.

Haebler.

Der Aufstand in Katalonien.

Fern im Süd das schöne Spanien ist abermals der Schauplatz eines blutigen Aufstandes gewesen, den die Regierung nach kurzem, aber schwerem Kampfe zu unterdrücken in der Lage war. Der Ausgangspunkt der Revolte war bekanntlich ein Streik der Straßenbahnangestellten in Barcelona. Bei diesem Aufstande kam es zu Reibereien zwischen den Ausschüßigen und den wenigen Arbeitwilligen und zu sonstigen Ausschreitungen, so daß die Polizei einschreiten mußte. Die Sympathie des großen Publikums und theilweise auch des tatsächlichen Bestandes waren auf Seite der Streikenden, so daß sich die Straßenunruhen zu einer förmlichen Revolte auswuchsen und das Militär einschreiten mußte. Es kam zu einem sich mehrere Tage wiederholenden Straßenkampfe, bei dem ziemlich viel Blut floß, bis endlich die Ruhe wieder hergestellt war.

Die Regierung hatte gleich beim Ausbruch der Unruhen über Barcelona und mehrere Theile Kataloniens den Belagerungszustand verhängt. Zeitungen und Telegramme waren unter Zensur gestellt worden, so daß man auf die gefährlichen Berichte aus Madrid angewiesen war. Da hieß es denn natürlich, „Anarchisten“ wären die Anstifter der Unruhen gewesen, jetzt aber stellen sich Ursache und Entstehung der katalonischen Aufstandsbewegung in ganz anderem Lichte dar. Durch Bodenschätze, hoch entwickelte Industrie und ausgebreiteten Handel ist Katalonien die reichste Provinz Spaniens, zugleich aber auch die in der Kultur am weitesten vorgeschrittene. Von jeher hat Katalonien seine Abhängigkeit von Kastilien drückend empfunden und zahllose Versuche gemacht, eine gewisse Selbstständigkeit zu erlangen. Seit dem Tode Karl VII. ist Spanien noch nicht viel aus den Revolten und Bürgerkriegen herausgekommen.

Die beiden großen Parteien, die Konservativen und die Liberalen, sind in Wirklichkeit nur zwei große politische Cliquen, von denen eine immer bestrebt ist, die andere von der Staatskassette zu verdrängen und ihre eigenen Anhänger heranzubringen. Von einer wirklich pietätvollen Erhaltung des Vorhandenen ist in der Politik der spanischen Konservativen so wenig zu bemerken, wie von einer besonderen Förderung des gesunden Fortschritts bei den Liberalen. Das niedere Volk ist politisch unreis und bedürftiglos, wenn es keine Stierkämpfe hat und nicht gerade hungert, ist es zufrieden und kümmert sich wenig um den Kampf der höheren Klasse.

Nachdem nun der Krieg gegen Nordamerika die letzten finanziellen Kräfte des einst durch die Goldschätze Montezumas und der Inhas so überreichen Spanien gänzlich erschöpft hatte, mußten dem Volke neue Steuern auferlegt werden. Aber wo nichts ist, hat selbst der Kaiser sein Recht verloren, sagt das Sprichwort, und da dieses nur auf Katalonien nicht zutrifft, so sollte diese Provinz zum Theil für die übrigen mitzahlen. Daß die reichen Handelsherren und Fabrikanten von Barcelona sich diese Ungerechtigkeit nicht ohne weiteres gefallen lassen wollen, ist klar, und im vergangenen Jahre schon fand dieserhalb, von Barcelona ausgehend, eine durch ganz Spanien gehende Steuererweiterung seitens der Kaufleute und eine Schließung der Verkaufsläden statt.

Der damalige konservative Ministerpräsident Silveira mußte ein Loch zurückgehen. Er traf mit dem Vertreter der Provinz eine Vereinbarung, derzufolge Katalonien nur ein bestimmtes Maß von Steuern zu tragen und eine gewisse Aufsicht über die Verwendung derselben haben sollte. Aber Silveira hat sein Wort nicht gehalten und das Ministerium Sagasta fühlte sich an das Abkommen nicht gebunden. Darüber ist die Erbitterung in Katalonien bei allen Parteien und bei allen Volksschichten riesengroß geworden; denn mit richtigem Instinkt fürchten die Arbeiter und kleinen Leute, daß ein beträchtlicher Theil der den Reichen der Provinz drohenden neuen Steuerlast auf ihre Schultern abgewälzt werden würde. Die Hätte, mit der die frühere Bewegung zu Gunsten der freieren Selbstverwaltung Kataloniens auf Befehl von Madrid aus erdrückt wurde — es sei nur an den Montjuich-Prozess erinnert — ist heute in Katalonien ebenfalls noch nicht vergessen, denn es waren mit wenigen Ausnahmen nicht gerade die schlechtesten Bürger Kataloniens, die damals in den Kerker die grausamsten Foltern erdulden mußten.

So versteht es sich, daß es nur eines verhältnismäßig geringfügigen Anlasses bedurfte, um der allgemeinen Erbitterung Luft zu schaffen. Zwar ist das Ministerium Sagasta des Aufstandes schnell Herr geworden, aber es darf nicht zugleich hoffen, daß mit dem äußeren Frieden in Katalonien zugleich auch eine

friedlichere Gesinnung des katalonischen Volkes eintritt. Allerdings sind die Ziele der einzelnen Parteien in Katalonien nur in der Parole einig: „Los von Spanien!“ Würde aber dieses Ziel erreicht, dann geriethe die Katalonier selbst einander in die Haare. Die Republikaner wollen einen Freistaat aus Katalonien machen, andere Gruppen wünschen den Anschluß an Frankreich, die dritten möchten einen eigenen Staat mit Don Karlos oder dem Papst an der Spitze, dem eine neue weltliche Herrschaft dajelbst errichtet werden soll. Selbst die Gemäßigtesten wünschen eine finanzielle und verwaltungsmäßige Sonderstellung der Provinz. Selbstverständlich kann sich keine spanische Regierung auch nur mit dem letzten Punkt einverstanden erklären, denn sie würde sich dadurch zum Todengräber des spanischen Staates machen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Um zu verhindern, daß für die Öffentlichkeit nicht bestimmte Äußerungen des Kaisers unbefugt weiter verbreitet werden, und um dem Ueberhandnehmen bildlicher Darstellungen vorzubeugen, soll, wie der „Königsb. Allg. Zig.“ gemeldet wird, die Absicht bestehen, in Zukunft bei der Zulassung dienstlich nicht beteiligter Personen zu Veranstaltungen, an denen der Kaiser theilnimmt, eine schärfere Kontrolle zu üben.

— König Eduard von England wird Ende dieses Monats zu einem mehrwöchigen Kuraufenthalt in Jomburg v. d. H. eintreffen und während seiner Anwesenheit dajelbst im königlichen Schloß Wohnung nehmen. Bei dieser Gelegenheit wird der König häufiger als sonst bei seiner Schwester, der Kaiserin Friedrich auf Schloß Friedrichshof, weilen; auch ist es nicht ausgeschlossen, daß dort zwischen dem Kaiser und König Eduard eine abermalige Begegnung stattfindet.

— Der Gesetzentwurf betreffend die provisorische Regelung der deutsch-englischen Handelsbeziehungen, der in Deutschland vereinzelt heftig angegriffen wird, erleidet das gleiche Schicksal in England. Londoner Meldungen zufolge schreibt über diese Angelegenheit die „Financial News“, wenn dieser Entwurf Gesetzeskraft in seiner gegenwärtigen Form erhalte, werde dies bedeuten, daß keine Aenderung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem britischen Reiche vor Ende 1903 in Aussicht genommen sei. Es sei Pflicht des englischen auswärtigen Amtes, ehe dieser Entwurf Gesetz wird, der deutschen Regierung nachdrückliche Vorstellungen zu machen, ja nöthigenfalls etwas mehr als dies. Denn der Entwurf verordnet, daß Deutschland England und seinen Kolonien, aber mit Ausnahme von Kanada und Barbados, fortgesetzt die Behandlung als meistbegünstigte Nation gewähren soll, die England und seine Kolonien Deutschland gewähre. Es wäre kanbaldisch, wenn die britische Regierung sich diese Ausschließung Kanadas ruhig gefallen ließe. — Hierzu bemerken die „Berl. N. N.“: Das Londoner Organ übersieht augenscheinlich mit Absicht, daß es gerade die Zollpolitik Kanadas gewesen ist, die England sehr wider seine Neigung gezwungen hat, im Jahre 1897 den bis dahin geltenden Handelsvertrag zu kündigen. Zwischen Deutschland und England bestand seit Jahrzehnten ein Meistbegünstigungsvertrag, der sich auch auf die englischen Kolonien bezog. Nachdem Kanada beschlossen hatte, englischen Einfuhrgütern einen um 25 v. H. niedrigeren Vorzugszoll zu gewähren, war die Meistbegünstigungsklausel einseitig aufgehoben. England schritt mit Rücksicht auf die Stimmung in Kanada zur Kündigung des Handelsvertrages. Seitdem ist zwischen den beiden Ländern keinerlei vertragmäßige oder auch nur vertragähnliche Vereinbarung in Kraft. Von Jahr zu Jahr hat Deutschland bisher auf Grund der reichstäglichen Ermächtigung England die Meistbegünstigung unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit gewährt. Diese Gegenseitigkeit ist von Kanada durchbrochen, so daß es die einfache Folge aus der Zollpolitik dieser britischen Kolonie ist, wenn Kanada von dem Genuß der Meistbegünstigung ausgeschlossen bleibt. Die in dem Verhalten Deutschlands zum Ausdruck kommende Vogt kann durch keinerlei Drohungen von jenseit des Kanals umgestoßen werden.

— Oesterreich-Ungarn. Wien, 14. Mai. Sämmtliche Blätter besprechen die Reise des Kaisers nach Böhmen und zwar fast ohne Ausnahme im günstigen Sinne. Das offizielle „Brennendblatt“ erklärt in der Kaiserrede den sichtbaren Ausdruck der wesentlich geänderten politischen Verhältnisse, die

im Parlamente auf Grund des Koerberischen Programms unter Annäherung der Deutschen und Tschechen eingetreten sind. Die Kaiserrede befinde sich im vollen Einklange mit dieser Situation. Sie sei eine freudige Ergänzung des Bildes, das jetzt die politische und parlamentarische Lage darbiete. Der kaiserliche Besuch in Prag werde die Völker zum Ausdauern auf dem jetzt betretenen Pfade bestimmen. An der Freude der Nationen in Böhmen werde ganz Oesterreich aus vollem Herzen theilnehmen.

— Spanien. Die Regierung hat die Verfassungsbürgschaften in Barcelona wieder hergestellt, doch beschloß der Ministerrath, sie bei der geringsten Ruhestörung wieder aufzuheben. Die Regierung verspricht, allen gesetzmäßigen Gesuchen aus Katalonien Gehör zu schenken. Man verheißt sich nicht, daß die jetzige Ruhe bloß äußerlich ist. Die Katalonier werden erst Frieden machen, wenn ihren Sonderbestrebungen Rechnung getragen sein wird. Die 38 auf dem „Pelago“ eingekerkerten Anarchisten werden demnächst vermuthlich nach der Insel Fernando Po gebracht werden.

— Griechenland. Im Seebade Abbazia hat eine Zusammenkunft zwischen dem dort zur Kur weilenden König von Rumänien mit dem Könige Georg von Griechenland stattgefunden. In Griechenland wird dieser Begegnung große politische Bedeutung beigelegt.

— Türkei. Konstantinopel, 15. Mai. Der französische Botschafter machte seiner Regierung den Vorschlag einer Flotten demonstration vor Konstantinopel, um die Türkei zu zwingen, im Postkonflikt nachzugeben. Auch im Botschaftsrath tauchte dieser Vorschlag auf. Es stehen wichtige Beschlüsse in einigen Tagen bevor; man glaubt, daß alsdann der Fortschritt ein Ultimatum gestellt werden wird. Der Sultan hat Rußland gebeten, daß russische Schiffe den Postverkehr im Schwarzen Meere übernehmen.

— China. Unter der Voraussetzung, daß keine neuen überraschenden Ereignisse eintreten, darf man sich der Erwartung hingeben, daß die vor bald einem Jahre brennend gewordene Krise in China demnächst ihren Abschluß erreicht. Ohne Zweifel werden die Nachwirkungen der Vorgänge des letzten Jahres sich selbst im günstigsten Falle noch lange genug fühlbar machen und die Aufmerksamkeit der Mächte in Anspruch nehmen. Gleichwohl kann der Zeitpunkt, in dem die Räumung Chinas durch die internationalen Truppen bis auf die dauernd dort verbleibenden Abtheilungen vor sich gehen wird, als Beginn einer Epoche normaler Beziehungen zwischen China und den Mächten betrachtet werden. Mit der formellen Erklärung der chinesischen Reichthaber, den von China geforderten Entschädigungsbetrag innerhalb einer gewissen Frist entrichten zu wollen, ist jener Zeitpunkt, in dem die Räumung auch durch die deutschen Truppen ihren Anfang nehmen wird, gekommen. Die bezüglichen Verhandlungen sind noch nicht vollständig zu Ende geführt, indessen sprechen im Augenblick alle Anzeichen dafür, daß die Rückbeförderung unserer Truppen wahrscheinlich im nächsten Monate wird beginnen können. Alsdann ist auch die Mission des Grafen Waldersee im fernem Osten erfüllt und wird der Generalfeldmarschall die Rückreise nach der Heimath in dem Bewußtsein anzutreten in der Lage sein, eine schwierige und, soweit die größere Öffentlichkeit in Betracht kommt, wenig dankbare Aufgabe in einer Weise durchgeführt zu haben, die die vollste Anerkennung und den wärmsten Dank verdient. Ihm persönlich, seinen Unterführern und der Haltung unserer Truppen ist in weit überwiegender Maße das Verdienst dafür zuzuschreiben, daß die chinesische Krise nicht ins Ungemessene gewachsen ist und daß wir heute vor den erzielten Ergebnissen stehen. Ohne die folgerichtige und beharrliche Haltung Deutschlands, bei der die politischen und militärischen Faktoren in gleichem Grade allen Quertreibereien Stand gehalten haben, hätte sich China schwerlich zu den Zugeständnissen bequemt, zu denen es jetzt bereit ist.

— Angesichts der vor sich gehenden Klärung der Lage in China ist es auffallend, daß Rußland eine erhebliche Verstärkung seiner Flottenstreitmacht beabsichtigt. Wie der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“ erfährt, hat infolge eines Besuches des Admirals Alexejew um Verstärkungen die russische Regierung beschlossen, sofort zwei erstklassige Schlachtschiffe, zwei erstklassige Kreuzer und einen Kreuzer zweiter Klasse nach den chinesischen Gewässern zu entsenden. Alexejew beabsichtigt neue ernste politische Wirren in China. Vielleicht hängen diese Befürchtungen weniger mit den Vorgängen in China selbst als mit der Haltung Japans zusammen.